



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/16 - 20.1.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Moskau und der Ost-Westhandel	S. 1
Folgen des Woldraubbaues in Österreich	S. 3
Berliner Begegnung von Christen und Sozialisten	S. 5

## Neuer Wirtschaftskurs des Kremls ?

-mer. In den letzten Monaten des Jahres 1953 verstärkten die Sowjets ihre Bemühungen, mit den Westmächten in ein aktiveres Handelsgespräch zu kommen. Diesen Schritt haben die kommunistischen Wirtschaftspolitiker nicht aus Überlegungen des völkerverbindenden Handelsverkehrs getan, sondern unter dem Druck des verfahrenen Wirtschaftsgefüges, das mehr Risse aufweist, als man allgemein wahrhaben möchte.

Der im Januar 1949 gebildete " Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (sprich Anti-ERP-Gremium) sollte die gesamten Märkte des sowjetischen Einflußgebietes koordinieren. Nicht aber nach vertretbaren Grundsätzen, die den nationalen Interessen in etwa entsprächen, sondern allein aufgrund einseitiger Überlegungen. In der Praxis wirkte sich die Planung so aus: Die deutsche Ostzone durfte keinesfalls den Wiederaufbau ihrer schwer angeschlagenen Lokomotiv-Erzeugung beginnen. Dafür mußte alle Kraft auf die Errichtung des Hüttenkombinates Ost konzentriert werden, eines Mammutbetriebes, dem jede eigene Rohstoffbasis fehlt. Mit gleichen Vorzeichen mußten die Rumänen mit der vielpropagierten "Gheorghiu-Dej"-Hütte ein Riesen-Lok-Werk aufbauen, dem der Facharbeitermangel bis heute jede Produktivkraft nimmt. Auch bei der "Lenin-Hütte" in Bulgarien diktierte der Kreml nach egoistischen Motiven die gesamte Bauplanung.

Diese eigenartige Praxis der "inter-sozialistischen Wirtschaftsbeziehungen" hat heute zur Folge, daß beispielsweise Textilien aus der CSR in der Ostzone verkauft werden, die Skoda-Stadt Pilsen aber Traktoren aus rumänischer Produktion empfängt und ostzonale Betriebe Elektro-Erzeugnisse aus Polen einführen - gleichzeitig aber hochwertige E-Werkseinrichtungen als Reparationen an die UdSSR liefern müssen.

Unter diesen verwirrenden Bedingungen nahm der sowjetische Handel mit westeuropäischen Nationen ständig weiter ab. 1939 importierte England über 14 Prozent seines Holzbedarfes aus Rußland, im vergangenen Jahre waren es kaum 5,5 Prozent. Über 2,6 Millionen Tonnen Getreide kamen 1939 aus der UdSSR auf die westeuropäischen Märkte; 1953 betrug die Gesamtquote noch keine 300000 Tonnen! Das sowjetische Außenhandelsvolumen belief sich 1952 auf 4,5 Milliarden Dollar; von dieser Summe exportiert der gesamte Ostblock Waren im Werte von 991 Millionen Dollar in die westliche Hemisphäre.

Die Umgestaltung der ausgesprochen agrarisch-orientierten Gebiete in Mittelpunkte schwerindustrieller Produktionen, blieb auf die Versorgung weiter Bevölkerungskreise mit Lebensmitteln nicht ohne unmittelbare Folgen. Dennoch lehnte der sowjetische Vertreter bei der UNO-Wirtschaftstagung in Genf Angebote zur Lieferung von Konsumgütern in die UdSSR ab. Erst im letzten Quartal 1953 entwickelte sich die Lage zu einer offenen Krise, so daß sich die Kommissariate zu geringen Abstrichen bei industriellen Projekten veranlaßt sahen.

Man will im kommenden Wirtschaftsplanjahr eine "Gewaltenteilung" zwischen der UdSSR, Rotchina und den übrigen Ostblockstaaten vornehmen. Damit wird eine Belebung des Ost-Westhandels auf das engste verbunden sein, zumal die Kollektiv-Konzentrationen nun wohl oder übel beibehalten werden müssen und nicht in die allgemeine Produktionsplanung (in rationeller Hinsicht) einbezogen werden können.

+ + +

Lawinen und Profit

Aus Wien wird uns geschrieben:

In den höher gelegenen Gebieten Österreichs, in den westlichen Alpenländern, besonders in Vorarlberg und in Tirol, aber auch in der Steiermark und in Oberösterreich rauschen die Lawinen. Von allen Hängen droht der Weiße Tod. Über ganz Österreich flattern Trauerfahnen. Lawinenkatastrophen, wie sie seit Menschengedenken nicht vorkamen, haben mehr als 120 Menschenleben gefordert und riesigen Sachschaden verursacht. Das Mitgefühl aller wendet sich den unglücklichen Opfern und den bedauernswerten Angehörigen zu, der Dank aller gilt den tausenden ungenannten Helfern und Rettern. Unter eigener Lebensgefahr setzten sich dutzende mutiger Männer für ihre Mitbürger ein.

Der Naturkatastrophe stehen die Menschen schwach und hilflos gegenüber. Sie können lediglich das Elend der Betroffenen lindern helfen. Dennoch zwingt sich in diesen traurigen Tagen die Frage auf: Hätte das furchtbare Ausmaß des Unglücks, wenn schon nicht verhindert, so doch beschränkt werden können?

In bisher nicht lawinengefährdeten Gegenden sauste der Weiße Tod ins Tal. Es ist anzunehmen, daß viele Lawinen die schmerzliche Folge des Raubbaues sind, der seit vielen Jahren an den österreichischen Wäldern getrieben wird. Die Berghänge werden immer mehr ihres natürlichen Schutzes beraubt. Im Jahre 1953 wurden mehr als zehn Millionen Festmeter Rundholz in Österreich geschlagen; verantwortungsbewußt hätten es aber nicht einmal sieben Millionen sein dürfen.

Das Dritte Reich hat mit dieser Mißwirtschaft begonnen. Es holte aus den Wäldern heraus, was geholt werden konnte. Aber auch in der Nachkriegszeit, als die hohen Holzpreise zum Raubbau verlockten, wurde diese Politik fortgesetzt. Vorgeblich wiesen die Fachleute, vom Universitätsprofessor bis zum letzten Förster darauf hin, daß diese übertriebenen Holzeinschläge ganze Gebiete gefährden werden. Der Wald regelt den Wasserabfluß und konserviert die Humusschicht, er hält Erd- und Schneelawinen ab, schützt vor den austrocknenden Winden und übt Einfluß auf die Temperatur aus. Übermäßige Abholzungen aber haben

schon oft zur Verkarstung ganzer Landstriche geführt.

Aber alle diese Binsenweisheiten wurden von der Profitsucht der Waldbesitzer, der Sägewerke, der Holzhändler und Holzexporteure mißachtet. Ihr Verdienst ist ihnen wichtiger als Menschenleben und Waldgebiete. Das Landwirtschaftsministerium, die Landwirtschaftskammern, die Forstverwaltungen der Länder, alles Domänen der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), schauen zu, wie immer mehr Kahlschläge in den Alpen entstehen und früher wohlgeschützte Hänge zur Zeit der Schneeschmelze in Bewegung geraten.

Schon seit Jahren treten die sozialistischen Mandatäre in allen öffentlichen Körperschaften gegen diese kurzsichtige Profitpolitik der ÖVP auf. Nicht nur das. Sie verlangten auch ständig die Bereitstellung größerer budgetärer Mittel zur Lawinenschutz- und Wildbachverbauung. Der ÖVP-Finanzminister Kamitz erklärte wie üblich, er hätte nicht genug Geld für diese Zwecke. Er nahm weitere Abstriche vor. Alle Anträge und Anfragen der Sozialisten, die mit Recht die Vorsorge für richtiger halten als die Reparatur, beantwortete er ablehnend. Jetzt müssen für die Schadensbehebung Beträge flüssig gemacht werden, die um ein Vielfaches größer sind als jene Summen, die für die vorbeugenden Schutzmaßnahmen erforderlich gewesen wären.

Jetzt, verlangen die österreichischen Sozialisten mit Zustimmung aller vernünftig denkenden Menschen, muß endlich Schluß sein mit dem Raubbau an den Wäldern und dem Sparen am falschen Platze. Die Wälder müssen geschont und die Menschenleben gesichert werden.

+ + +

#### Bonner Gleichschaltung

(sp) In den nächsten Wochen und Monaten werden in vielen hessischen Kreisen und Gemeinden Landräte, Bürgermeister und Magistratsmitglieder neu gewählt, wobei das Bestreben zur Gleichschaltung nach Bonner Muster immer offensichtlicher zutage tritt. Besonders bezeichnend ist der Streit um die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens in Wiesbaden, in den sich der Bundeskanzler jetzt persönlich eingeschaltet hat. CDU und SPD hatten einen von der FDP vorgeschlagenen Kandidaten aus politischen Gründen abgelehnt. Die Wiesbadener FDP wandte sich nach Bonn um Vermittlung, die auch prompt erfolgte. Vom Bundeskanzleramt wurde die CDU von Wiesbaden angewiesen, doch für einen Kandidaten der FDP, wenn auch nicht für den zuerst Genannten, zu stimmen. Es kam in einer CDU-Versammlung zu stürmischen Auseinandersetzungen, aber schließlich beugte sich die Mehrheit dem Kanzlerwort - Die nach dem 6. September befürchteten Gleichschaltungstendenzen in Ländern und sogar in Gemeinden zugunsten des Bonner Koalitionskurses traten bei den Wiesbadener Vorgängen unverhüllt in Erscheinung. Ein beunruhigendes Symptom für die innenpolitische Entwicklung.

+ + +

Auf der Suche nach dem Menschen

L - Berlin

Eine bedeutsame Begegnung war eine Tagung der Evangelischen Akademie, die vor kurzem in Berlin stattfand. Christen und Sozialisten trafen sich hier auf gleicher Ebene, um in aller Offenheit und Aufrichtigkeit die Frage: Kirche und Arbeiterbewegung zu erörtern.

Was führte die beiden Teilnehmer zusammen? Beide suchen neue Wirklichkeit, beide stehen in der Gefahr der Entleerung. Die Kirche wendet sich nach außen und sucht neue Welthaftigkeit. Der Sozialismus hat erkannt, daß die Organisation nicht alles ist. Er ist in der Gefahr, den Menschen als Einzelnen und als Person zu vergessen und sucht einen Weg nach innen.

Auf beiden Seiten sprachen bedeutende Köpfe. Der Kieler Theologe Prof. Wendland legte den Text der Bergpredigt mit einer Radikalität aus, die bis auf den untersten Grund der Dinge zu führen schien. Er fragte, ob die Kirche abseits der heutigen Welt lebe, und forderte ihre entschiedene Hinwendung zu eben dieser Welt. Der Leiter des Evangelischen Sozialwerks der Provinz Westfalen, Klaus von Bismarck, veranschaulichte diese Einsicht aus seiner Praxis. Was hat die Kirche an der Arbeiterschaft versäumt? fragte er und antwortete mit schonungsloser kirchlicher Selbstkritik, daß die Kirche das Fehlen der Arbeiterschaft in der Gemeinde überhaupt nicht bemerkt habe. Er sprach von der Milieuverengung der Kirche und beklagte ihre mangelnde Diesseitigkeit. Der dritte Sprecher der Kirche, Propst Böhme, Berlin, betonte, daß die Kirche durch die ökumenische Bewegung wieder mitten in der Welt stehe, in der sie eine verantwortliche Gesellschaft als christliche Aufgabe sehe. Die Kirche will also den sozialen Durchbruch.

Auf Seiten des Sozialismus behandelte der religiöse Sozialist, Staatsminister a. D. Ludwig Metzger, Darmstadt, die Frage: Was ist die Arbeiterbewegung dem Menschen schuldig geblieben? Der Ansatzpunkt

zum Verständnis des Sozialismus sei die immer dankwürdige Leistung von Karl Marx, zum ersten Mal aus der proletarischen Existenz heraus zu denken und sich in einem Akt der Selbstentäußerung an die Seite der Proletarier zu stellen. Heute erst hätten wir erkannt, daß es nicht genüge, die äußere Ordnung zu ändern, wenn sich nicht der Mensch selbst auch ändere. Keine Ordnung aber sei imstande, die Sünde aufzuheben. Christen und Sozialisten müßten sich daher vereinigen.

Noch entschiedener fast fragte Prof. Preller, Frankfurt a.M., in seinem Vortrag: "Sozialismus und Arbeiterbewegung - gestern und heute". Seine Darlegungen gingen den mutigen Weg der Ernüchterung und zeigten die Bereitschaft zur Wandlung. Weimar bezeichnete er als den Wendepunkt, an dem die Ideologie mit der Wirklichkeit sich messen mußte und versagte. Der Glaube an den wissenschaftlichen Sozialismus sei erschüttert. Wir müssen heute neue Grundlagen suchen. Nach den Erlebnissen in den KZs haben wir die Notwendigkeit der Religion erkannt. Prof. Preller fragte: Ist der Arbeiter der Auserwählte? Ist er der Träger einer eigenen Kultur? Sind Masse, Mehrheit, Organisation Eigenwerte? Gibt es Freiheit innerhalb der Organisation?

In lebhaften Aussprachen wurden diese Fragen erweitert und vertieft. Es wurde gesagt, daß eine verantwortliche Gesellschaft nur in der Freiheit, aber nicht in der Furcht gedeihen könne, daß aber auch ohne umfassende soziale Sicherheit die Freiheit nicht ersticken dürfe. Es wurde nach der Gerechtigkeit gefragt und nach der Würde des Menschen im Betrieb. Alle diese Fragen und Überlegungen liefen schließlich in die eine Frage nach der Sorge um den Menschen zusammen. Wovon lebt heute der Mensch? Aus welchen Quellen speist er sich?

Wer wollte von einer solchen Tagung sogleich konkrete Vorschläge und Lösungen erwarten? Die Dinge fließen und sie im Fluß zu halten, muß zunächst genug sein. Wenn also diese Begegnung mit der offenen Frage nach dem Menschen ohne Antwort zu Ende ging, so war das ein ganz natürlicher und in jeder Hinsicht positiver Abschluß.

---

Verantwortlich: Peter Raunau